

ORDEN POUR LE MÉRITE
FÜR WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE

REDEN UND GEDENKWORTE

FÜNFUNDDREISSIGSTER BAND

2006 – 2007

WALLSTEIN VERLAG

BRONISŁAW GEREMEK

POLEN UND DEUTSCHLAND IN EUROPA

Vor 17 Jahren, am 1. September 1989, stattete der damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, einen offiziellen Besuch in Polen ab. Auf dieses Datum fiel damals der fünfzigste Jahrestag des Überfalls des Dritten Reiches auf Polen und des Ausbruchs des II. Weltkriegs. Es war eine Zeit historischer Umwälzungen in Polen. Nach den Juniwahlen wählte der neue Sejm zwar General Jaruzelski zum Präsidenten, das Amt des Ministerpräsidenten vertraute er am 24. August jedoch Tadeusz Mazowiecki an, der gerade sein Kabinett zusammenstellte. Während des Empfangs in der deutschen Botschaft, der zu Ehren der Delegation gegeben wurde, wandte sich Johannes Rau an mich mit der Bitte, einer populären deutschen Zeitung ein Interview zu gewähren. Ich war damals im Sejm Fraktionsvorsitzender der »Solidarność« sowie auch Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses. Ich sagte in diesem Interview, daß die Wiedervereinigung Deutschlands im Interesse Polens liege und den polnischen Erwartungen entspreche. Kurz darauf, in einem Brief an die Parteimitglieder erkannte die Leitung der PVAP meine Worte als einen Beweis dafür an, daß die »Solidarność« eine Politik des nationalen Verrats betreibe. Es kann merkwürdig erscheinen,

daß die kommunistische Partei, die über vierzig Jahre lang in Polen herrschte, die nun die Macht verlor und ums Überleben kämpfte, in diesem an ihre Mitglieder gerichteten Schreiben nichts Wichtigeres mitzuteilen hatte, als eine politische Erklärung über die Zukunft Deutschlands zu brandmarken. Man sollte sich jedoch nicht darüber wundern. Für eine von einer fremden Macht eingesetzte Regierung war das geteilte Deutschland eine Quelle der Legitimierung gegenüber der polnischen Gesellschaft. Infolge der Entscheidung der Großmächte verlor Polen ein Drittel seines Territoriums (180.000 Quadratkilometer) an die Sowjetunion und bekam als Entschädigung Gebiete, die bis dahin zu Deutschland gehört hatten (103.000 Quadratkilometer). Das von der offiziellen Propaganda in Polen verwendete Argument besagte, daß die polnische Exilregierung nicht imstande war, Unterstützung von ihren westlichen Verbündeten zu bekommen, also daß sie sich den territorialen Ansprüchen Stalins nicht widersetzen, während die in der UdSSR gebildete kommunistische Regierung diese Entschädigung im Westen und im Norden bekommen hatte. Das politische System, das nach dem II. Weltkrieg in Europa entstand, war mit der Festigung der Teilung Deutschlands und der Symbolik der Berliner Mauer verbunden: Nach der offiziellen Propaganda war es nur dieses Kräfteverhältnis, das das Beibehalten der Westgrenze garantierte, und als absolut unreal galt der Gedanke an die Wiedergewinnung der Ostgrenze Polens von 1939. Ebendas war ein unerschütterlicher Grundsatz der Politik der kommunistischen Regierungen in Polen, die einen Kontakt mit der Bevölkerung des eigenen Landes nur um eine so aufgefaßte polnische Staatsräson sowie um das Programm des Wiederaufbaus des im Krieg zerstörten Landes knüpfen konnte.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland wurde als Stoff einer solchen Propaganda betrachtet. Diese Beziehungen wurden als »zehn Jahrhunderte der Auseinandersetzungen«, als eine ständige Quelle von Haß und Kämpfen, als Logik des deutschen »Drangs nach Osten«, als eine über Polen schwebende komplexe Gefahr, die sich aus der Expansion des Kreuzritterordens, dem von Bismarck geführten Kulturkampf und aus der verbrecherischen

Politik Hitlers zusammensetzt, dargestellt. So wurde diese Vergangenheit präsentiert, und es sei hinzugefügt, es gab Gründe dafür. Die historische Wahrheit ist jedoch nicht mit Einseitigkeit, mit Verbissenheit, mit Propaganda zu vereinbaren – nicht einmal mit der *ad usum Delphini*. In einer solchen Auslegung der Geschichte gab es keinen Platz für die kulturschöpferische Rolle des deutschen Rechts im mittelalterlichen Polen, für den Einfluß der deutschen Besiedlung auf die Entwicklung der Agrarkultur, auf die polnisch-deutsche Handelszusammenarbeit oder für den unvergeßlichen Akt der deutschen Unterstützung für die polnische Freiheit im 19. Jahrhundert, wie etwa das Hambacher Fest in der Pfalz am 27. Mai 1832.

Die offizielle Propaganda hatte beträchtliche Erfolge auf diesem Gebiet, denn sie war sowohl in der Tradition als auch in der unmittelbaren Erfahrung der Generation verankert, die unter deutscher Besatzung lebte. Die Versuche, die polnisch-deutschen Beziehungen umzuwerten, wurden nach dem Krieg in Kreisen der politischen Emigration, vor allem in Maison-Laffitte, im Kreis der Pariser Exilzeitschrift »Kultura« unternommen. Sie waren jedoch auch bemüht, nicht zu weit in diese schmerzhaften Bewußtseinssphären einzudringen. Eine bahnbrechende Rolle spielte in diesem Bereich die polnische katholische Kirche in ihrem berühmten Brief der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe vom November 1965. Die in dem Brief enthaltenen Worte »wir vergeben und bitten um Vergebung« waren von historischer Bedeutung. Der Aufruf zum Dialog, zu gegenseitiger Vergebung, zur Versöhnung, hatte einerseits einen offensichtlich religiösen Sinn, andererseits ist es jedoch schwer, auch seine politische Bedeutung für die polnisch-deutschen Beziehungen, sowohl vor vierzig Jahren als auch heutzutage, einzuschätzen. Der Initiator und Mitautor des Briefes, der Breslauer Erzbischof Bolesław Kominek, sagte treffend voraus, daß eine derartige Initiative auf Abneigung stoßen könne. Das war auch der Fall. Kurz vor dem Erscheinen des Briefes polnischer Bischöfe wurde von der evangelischen Kirche in Deutschland die »Ostdenkschrift« veröffentlicht (am 1. Oktober 1965). Die Reaktion auf diese beiden Initiativen war jedoch schwach. Die Antwort der deutschen katholischen Bischöfe auf

den Brief ihrer polnischen Mitbrüder war enttäuschend. Erst die Erklärung des Bensberger Kreises vom März 1968, die von 180 namhaften Persönlichkeiten, unter denen auch Joseph Ratzinger war, unterzeichnet wurde, kann als ein wirklicher Versuch, den Dialog mit der polnischen öffentlichen Meinung aufzunehmen, betrachtet werden. In den späteren Jahren wurde ebendieser Prozeß der Verwirklichung der Versöhnung von denjenigen fortgesetzt, die mit der Aktion Sühnezeichen sowie Pax Christi in Verbindung standen, indem sie Partner in den polnischen Klubs der katholischen Intelligenz fanden. Der Kniefall Willy Brandts im Jahre 1970 war gleichzeitig eine der symbolischen Gesten, die den Weg zum Versöhnungsprozeß ebneten.

In der offiziellen polnischen Propaganda stieß der Hirtenbrief der Bischöfe auf Feindseligkeit, er wurde bekämpft, als ein Akt des nationalen Verrats bezeichnet. Ebenso wurde die überraschende Bitte um Vergebung ausgelegt: Schon die Annahme, daß die Opfer der Naziverbrechen auch ein Schuldgefühl bei sich empfinden konnten, schien ein Skandal zu sein. Das Hauptproblem dabei war, daß die polnischen Behörden die Beziehungen mit Deutschland als einen Bereich der Staatsräson betrachteten, und daher sahen sie in der von der Kirche ergriffenen Initiative eine Einmischung in Angelegenheiten, in denen sie das Recht auf Monopol haben wollten.

In der polnischen demokratischen Opposition, also vor allem in Untergrundveröffentlichungen, trat die Überzeugung von der Notwendigkeit, die polnisch-deutschen Beziehungen umzuwerten, in Erscheinung. Erwähnenswert ist hierbei die mutig formulierte Einstellung des sich für die Unabhängigkeit einsetzenden Sozialisten Jan Jozef Lipski, der darauf verwies, daß das Löschen des polnisch-deutschen Antagonismus und das Aufgreifen der Frage nach der polnischen Schuld an dem Schicksal der vertriebenen Deutschen für die Zukunft des vom Kommunismus befreiten Polen von enormer Bedeutung sein werde. Auch in legalen Veröffentlichungen, vor allem in der katholischen Publizistik, waren derartige Thesen zu lesen. Dies bewirkte sofort, daß Anklage wegen Dienstes an fremden Interessen oder Verrat erhoben wurde. In den 500 Tagen, in denen

die »Solidarność« in den Jahren 1980-1981 legal existierte, war der Raum für Debatten über die Außenpolitik begrenzt, nicht einmal die enge Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) machte Platz für eine Debatte über polnisch-deutsche Beziehungen. Nach der Einführung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 kehrten der antideutsche Grundsatz sowie das Argument von der Instabilität der Oder-Neiße-Grenze in die offizielle Propaganda zurück, der zufolge diese nur von den damaligen Machthabern beschützt werden konnte. Ich kann mich erinnern, daß ich, als ich nach vielen Monaten der Internierung im Frühling 1982 in einem Militärkonvoi durch eine der Städte transportiert wurde, an den Hauswänden ein Plakat sah, auf dem eine Art Joshua-Baum des nationalen Verrats dargestellt war, in dem sich unter einem Kreuzrittermantel die Vertreter der »Solidarność« verbargen.

Die Wende von 1989 veränderte alles. Es traten zwar noch Schwierigkeiten oder Mißverständnisse in Erscheinung: Die Tatsache, daß die Oder-Neiße-Grenze in den »Zehn Punkten« von Kanzler Helmut Kohl nicht erwähnt wurde, rief gewisse Mißtöne während der »2 plus 4«-Gespräche hervor, die die Wiedervereinigung Deutschlands vorbereiteten, die Logik des Versöhnungsprozesses und der Verständigung zwischen Polen und Deutschland war jedoch unumkehrbar. Das Versöhnungszeichen, das der Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Kanzler Helmut Kohl am 12. November 1989 während der Messe in Krzywowa vor dem Hintergrund der Erinnerung an Helmut James von Moltke und den Kreisauer Kreis austauschten, hatte eine sinnbildliche Bedeutung. Die Diplomatie tat dann das Ihre. Am 14. November 1990, ein paar Wochen nach der formalen Wiedervereinigung Deutschlands, erfolgte die Unterzeichnung des polnisch-deutschen Grenzvertrags, in dem die Oder-Neiße-Grenze als eine ein für allemal festgelegte Grenze anerkannt wurde; im darauffolgenden Jahr, am 17. Juni 1991, wurde der Vertrag über gutnachbarliche Beziehungen und freundschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Die Arbeit an diesen Verträgen wurde im Rahmen einer nicht banalen Feststellung geführt, daß Polen und Deutschland eine »Interessengemeinschaft« verbindet. Diese von dem da-

maligen Chef der polnischen Diplomatie, Professor Krzysztof Skubiszewski, vorgeschlagene Formel machte die ganze Architektur der Propaganda von ewiger Feindschaft und Haß zwischen den beiden Ländern wirkungslos und lenkte den Blick in die Zukunft. Wenn sie damals auch lediglich als »wishful thinking« betrachtet werden konnte, so wurde gerade sie die Grundlage der neuen Politik der polnisch-deutschen Beziehungen. Als ich im Juni 1989, bereits nach den ersten quasi-demokratischen Wahlen in Polen zusammen mit einer »Solidarność«-Delegation von Kanzler Helmut Kohl empfangen wurde, vernahmen wir, daß es ein Traum seines Vorbilds Konrad Adenauer war, freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit mit Polen aufzubauen. Helmut Kohl meinte, daß die Versöhnung mit den Polen, nach den Franzosen und Juden, das dritte Element des Testaments von Adenauer gewesen sei. Und ich erfuhr damals, daß es im vitalsten Interesse Deutschlands liege, daß Polen neben Deutschland ein Teil der europäischen Gemeinschaft werde. Dies brachte die Überzeugung zum Ausdruck, daß die beiden Länder ihre gegenseitige Politik mit dem Blick in die Zukunft gestalten sollten.

Ich glaube nicht, daß Polen und Deutschland sich von ihrer Geschichte abwenden und die Vergangenheit vergessen sollten. Das Übermaß an Geschichte auf diesem so mit Geschichte gesättigten Kontinent schafft Probleme und bildet manchmal ein Hindernis bei dem Aufbau der inneren öffentlichen Ordnung, sowohl in den einzelnen europäischen Ländern als auch in ganz Europa. Das Fehlen der Geschichte, das Fehlen der Empfindlichkeit für die Erfahrungen der Vergangenheit richtet noch größere Schäden an. Die Arbeit an der kollektiven Erinnerung, wie es Paul Ricœur bezeichnete, hat eine außergewöhnliche Bedeutung für die Gestaltung europäischer Programmvisionen, für das Denken an die Zukunft. Eben die kollektive Erinnerung ist die Seele der menschlichen politischen Gemeinschaften, ohne diese Erinnerung sind europäische Nationen nicht denkbar, und Europa selbst nimmt als Gemeinschaft gerade um die Arbeit an der gemeinsamen Erinnerung Gestalt an.

Das Programm des Beitritts Polens zur Europäischen Gemeinschaft war bereits in dem polnisch-deutschen Vertrag enthalten. Die Deut-

schen leisteten der Verwirklichung dieses Programms, ähnlich wie dem NATO-Beitritt Polens, entschiedene Unterstützung, obwohl die Schlüsselrolle im Falle der NATO selbstverständlich den Vereinigten Staaten zufiel. Polen hatte die Erwartung, daß in diesem Prozeß der Rückkehr Polens an seinen Platz in Europa neben Deutschland auch Frankreich stehen wird. Dies war zweifellos Ausdruck eines gewissen Mißtrauens gegenüber Deutschland, das aus historischen Erfahrungen resultierte, das jedoch in der deutschen Diplomatie und bei ihrem damaligen Chef Hans-Dietrich Genscher auf Verständnis stieß. Das ad hoc gebildete politische Dreieck, das nach dem Ort des ersten Treffens von drei Außenministern das »Weimarer Dreieck« genannt wurde, erwies sich als ein wichtiges und beständiges Instrument der Außenpolitik. Es half Polen zuerst beim NATO-Beitritt, dann im langen Prozeß der Verhandlungen über den EU-Beitritt. In den zehn Jahren des Bestehens erfaßte diese trilaterale Zusammenarbeit alle Stufen der Macht, sie reichte auch bis zur lokalen Ebene. Städte und Gemeinden arbeiteten zusammen, es entstand ein Brauch der Zusammenarbeit zwischen den Schulen, das französisch-deutsche Modell Jugendwerk wurde ein Modell für den Jugendaustausch zwischen Polen und Deutschland. Am wichtigsten war jedoch das Modell der politischen Zusammenarbeit, das Hubert Vedrine einst »intelligentes Instrument« nannte, weil es sich an verschiedene Bedürfnisse und Herausforderungen anpaßte. Das Leben wird zeigen, ob dieses Dreieck in den komplizierten Verhältnissen der europäischen Politik vom Standpunkt der Interessen seiner drei Partner aus eine nützliche Rolle spielen kann; Partner, die natürlich nicht gleichrangig sind, denn neben zwei Ländern, die Mitbegründer der europäischen Integration sind und später ihre Antriebskraft waren, steht ein Land, das noch nicht lange in der EU ist, das über ein schwächeres wirtschaftliches und politisches Potential verfügt. Vielleicht resultiert jedoch gerade aus dieser Ungleichwertigkeit der Nutzen, daß das Dreieck im Unterschied zum französisch-deutschen Modell der Antriebskraft der Integration nicht irgendwelcher hegemonialer Tendenzen verdächtigt werden kann. Aus den bilateralen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland ist der, wie Stanisław Stomma

einst schrieb, »Fatalismus der Feindseligkeit« bereits verschwunden, und die beiden Länder bewiesen in den letzten Jahren, daß sie imstande sind, die zwischen ihnen entstehenden Konflikte und Probleme mehr oder weniger gut selbst zu lösen. Die Präsenz Frankreichs ist in den Debatten über die Zukunft jedoch weiterhin nützlich.

Gegenwärtig scheinen diese eher optimistischen Feststellungen über den Stand der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland von der Wirklichkeit weit entfernt zu sein. Es kehrten Spannungen und gegenseitige Mißtöne zurück, der Dialog wurde schwächer, die politische Zusammenarbeit ist eher deklarativ als real. Ich will nicht dafür plädieren, diese Tatsachen zu ignorieren. Heute könnte ich nicht mehr sagen, daß sich die Versöhnung und die politische Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland bereits vollzogen hätten. Ich bin jedoch der Ansicht, daß man in der Politik zwischen Phänomenen und Epiphänomenen unterscheiden muß. Wir sollten anerkennen, daß die Versöhnung der Polen und Deutschen unumkehrbar ist, denn sie ist eine Schlußfolgerung aus der historischen Erfahrung beider Länder, und es sind reale Interessen beider Länder, die sie diktieren. Ich wage zu sagen, daß sich Polen und Deutsche an der Schwelle des 21. Jahrhunderts dessen bewußt sind, daß sie einander brauchen. Und es ist ebendas und nicht vorübergehende Streitereien, was den Entwicklungstrend dieser Beziehungen bestimmt, was durch die gemeinsame Zugehörigkeit zur Europäischen Union gewährleistet ist.

Dennoch lohnt es sich, diese Mißverständnisse als Zeichen einer gewissen Asymmetrie der Haltungen und politischer Programme zwischen Polen und Deutschland zu betrachten.

In erster Linie beziehen sich diese Unstimmigkeiten auf die Vergangenheit. Die von manchen Kreisen der deutschen Landsmannschaften, vor allem von der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen und CDU-Politikerin, Erika Steinbach, unternommenen Versuche, den EU-Beitritt Polens mit der Berücksichtigung der Forderungen der »Aussiedler« zu verbinden, führten zu einem Streit zwischen dem Bundestag und dem Sejm sowie zum gegenseitigen Austausch von Beschlüssen. Ähnlich war es um die Idee bestellt, die von denselben Krei-

sen unterbreitet wurde, in Berlin ein großes Museum zu schaffen, in dem das Leid der deutschen Aussiedler dargestellt werden sollte. Die polnische öffentliche Meinung betrachtet diese Idee mit Mißtrauen, denn dieses neue Museum trüge ein antipolnisches Stigma: Man könnte dann fragen, warum es jene nicht erwähnt, die die Entscheidung über die Aussiedlung trafen, also die alliierten Großmächte, warum man nicht an das Unrecht, das die Deutschen seitens der Nachkriegsbesatzer erlitten hatten, erinnert? Deutsche sollen jedoch eines nicht vergessen, wie Bundespräsident Horst Köhler in seiner Rede beim Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen sagte: »Es gibt keinen Zweifel daran, was die auslösende Ursache für Flucht und Vertreibung war: das nationalsozialistische Unrechtsregime und der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg.« Auf der Seite Polens traten dann Initiativen in Erscheinung, polnische materielle Verluste zu berechnen, die sich aus der deutschen Besatzung ergaben. Keine dieser beiden Angelegenheiten hatte konkrete Konsequenzen, sie trugen jedoch dazu bei, daß auf beiden Seiten die sog. historische Politik ins Spiel kam, in der das Bedürfnis nach der Wahrheit über die Vergangenheit mit dem Ausspielen nationalistischer Argumente in der Politik einhergeht. Man sollte auf positive Aktivitäten hoffen, die sich dieser Tendenz widersetzen: Nach langen Arbeiten an der Vereinbarung der Inhalte der Geschichtslehrbücher in den beiden Ländern könnte man jetzt die Vorbereitung eines gemeinsamen Geschichtslehrbuchs vornehmen. Eine solche Initiative wurde bereits gemeinsam von Franzosen und Deutschen verwirklicht. In derselben Rede zitiert Horst Köhler Amos Oz' Worte: »Man muß nicht zum Sklaven der Vergangenheit werden, aber in diesem Teil Europas muß man niederknien und die Vergangenheit auf die Schulter laden. Dann kann man hingehen, wo immer man will.«

Der zweite Bereich, in dem wesentliche Asymmetrien auftreten, sind Aktivitäten innerhalb der Europäischen Union. Es war eben Deutschland, das am stärksten für die Notwendigkeit der Osterweiterung der EU plädierte, und als in der Union Zweifel hörbar wurden, ob sich Polen zumindest wegen seiner Größe in der ersten Beitrittsgruppe befinden sollte, verlautbarte Berlin, daß Deutschland

die Erweiterung nicht gutheißen werde, wenn sie nicht Polen umfasse. Die deutsche Öffentlichkeit unterstützte diese Politik allerdings nicht. Im Oktober 2002 sprachen sich 40 % der Bevölkerung in den alten Bundesländern für die Aufnahme Polens in die Union aus, 45 % waren dagegen, während in der ehemaligen DDR 43 % dafür und 39 % dagegen waren. Wenn es um das Finanzieren des Erweiterungsprozesses geht, hatte Deutschland als der größte Nettozahler an den EU-Haushalt jedoch bereits Bedenken. In Sachen der Aufrechterhaltung der bisherigen Gestalt der gemeinsamen Agrarpolitik stand Polen der französischen Einstellung näher als der deutschen. Diese Einstellungsunterschiede sollten ein Anreiz für die Aufnahme einer Debatte über die Zukunft der Agrarpolitik der EU eben zwischen Polen, Deutschland und Frankreich sein.

Eine wichtigere Frage in diesem Bereich sind die Unterschiede in den Einstellungen zur institutionellen Entwicklung der Europäischen Union. Der Vertrag von Nizza von Dezember 2000 war ein Augenblick des Mißerfolgs im Integrationsprozeß, er gab Polen jedoch einen beträchtlichen Anteil an der Stimmenverteilung im Europarat. Dies bewirkte, daß sich sowohl die Regierung als auch die Opposition in Polen bedenkenlos für die Verteidigung des schlechtesten Vertrags, den die EU in ihrer Geschichte je hervorgebracht hatte, engagierten. Der kurzsichtige und dumme Slogan »Nizza oder der Tod« vereinte die Mehrheit polnischer politischer Eliten in ihrer Abneigung gegen den vorbereiteten Verfassungsvertrag, und sie begrüßten die Ablehnung der Ratifizierung dieses Vertrags durch Frankreich und die Niederlande mit Genugtuung. Die Ergebnisse einer Reihe von Meinungsumfragen in Polen in den Jahren 2005 und 2006 zeigen jedoch einen in anderen Ländern der EU nicht vorkommenden Sachverhalt: Während die Mehrheit der Bevölkerung die Bereitschaft bekundet, den Verfassungsvertrag zu unterstützen und die europäische Integration zu vertiefen, ist die Mehrheit der politischen Eliten dagegen, angeblich, um das polnische nationale Interesse zu verteidigen. Der politische Dialog zwischen Deutschland und Polen sollte nicht den Sachverhalt betreffen, welche Stärke jedes der Länder in der Abstimmung haben wird, sondern denjeni-

gen, für welches Modell des vereinten Europas sie sich aussprechen. Die Asymmetrie der Interessen, die Deutschland und Polen unterscheidet, kann jedoch zu einer gemeinsamen Schlußfolgerung führen: Deutschland, indem es die Idee des vereinten Europa unterstützt, sieht in ihr eine Chance für die gemeinsame Rolle europäischer Staaten im Prozeß der Globalisierung sowie eine Garantie für den Schutz der eigenen Nation. Die Polen sehen in der Idee eines besser integrierten Europa eine Chance dafür, daß es eine Politik der Solidarität und der Unterstützung der Entwicklung schwächerer Mitgliedsstaaten betreiben wird. Die historische Erfahrung verleitet Polen auch dazu, Sicherheits- und Unabhängigkeitsgarantien zu suchen. Die mit entsprechenden Instrumenten ausgerüstete und ihre politische Dimension hervorhebende Union kann solche Garantien schaffen. Beide Länder sollten also daran interessiert sein, die Beschlüsse des Verfassungsvertrags zu verwirklichen, und sie könnten eine Koalition der Vertiefung des Prozesses der europäischen Integration um sich gruppieren.

Das dritte Problem sind die Beziehungen zwischen Europa und Amerika. Zu Beginn des Irak-Krieges erfolgte in der deutschen Politik eine Umwertung der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten, im Gegensatz zur Einstellung Polens, das die USA unterstützte und im Mai 2003 zusammen mit einer Gruppe europäischer Staaten (außer Großbritannien) mit Spanien und Italien sowie mit einer Gruppe von Ländern, die damals den EU-Beitritt anstrebten, einen Appell um die Festigung der euroatlantischen Bande vorlegte. Die Unterschiede in den Einstellungen Polens und Deutschlands in dieser Hinsicht wurden allmählich immer weniger deutlich, es blieb jedoch das Gefühl zurück, daß ihnen Unterschiede in strategischen Prioritäten zugrunde lagen. Eine für beide Länder gemeinsame Schlußfolgerung ist die Notwendigkeit, eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu schaffen, unterschiedlich dagegen können die Antworten auf die Frage sein, ob eine solche Politik mit oder ohne oder gar gegen Amerika aufgebaut werden soll. Eine solche Debatte ist nötig, und Deutschland sowie Polen, zwei Länder, die sich dessen bewußt sind, wieviel *pax europea* man heutzutage Ame-

rika verdankt, könnten in dieser Hinsicht die Rolle des Initiators spielen.

Als vierten Bereich einer gewissen Asymmetrie der Interessen oder der Einstellungsunterschiede würde ich die Beziehungen mit Rußland nennen. Die in den letzten Monaten der Gerhard-Schröder-Regierung getroffene Entscheidung über den deutsch-russischen Vertrag über die Ostsee-Pipeline mit dem Ausschluß Polens und der Ukraine rief in der polnischen Bevölkerung Unruhe und die Überzeugung von der Widersprüchlichkeit der Interessen Polens und Deutschlands hervor. Damals auch kamen in den Äußerungen polnischer Politiker historische Vergleiche vor, die von den Deutschen als beleidigend und unbegründet angesehen wurden. Die Erinnerung an die Vergangenheit erzeugt jedoch auch immer, außer den für die Zukunft wichtigeren Referenzen, gefährliche Giftstoffe. Die Erinnerung an die Überraschungen von Rapallo im Jahre 1922 (deutsch-russischer Vertrag) und Locarno von 1925 (die Westgrenze Deutschlands festgelegt und garantiert und die Ostgrenze unsicher) oder die Erinnerung an die noch geheimen Klauseln des Ribbentrop-Molotow-Vertrages riefen Mißtrauen sowohl gegenüber der Ostpolitik aus der Zeit von vor vierzig Jahren als auch gegenüber der gegenwärtigen Formel der »neuen Politik gegenüber Rußland« hervor. Einer der französischen politischen Analytiker sagte vor ein paar Jahren, daß mit dem Verschwinden des alten Ost-West-Konflikts die natürliche Tendenz eines Bündnisses zwischen Frankreich, Deutschland und Rußland in Erscheinung trete, um sich beispielsweise der hegemonialen Politik der USA im Nahen Osten entgegenzusetzen. Man könnte noch andere Motive einer solchen Zusammenarbeit aufzählen, es ist jedoch schwer, diese Tendenzen als die Verwirklichung des Postulats, eine gemeinsame Politik der Europäischen Union gegenüber Rußland zu betreiben, anzusehen. Eine solche neue Politik gegenüber Rußland ist sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen notwendig. Sie sollte nicht ohne die Teilnahme mitteleuropäischer Länder, vor allem nicht ohne Polen formuliert werden. Es sollte eine gemeinsame Politik der Europäischen Union sein und nicht ein Wettlauf um die Gunst des Kremls seitens der einzelnen Mitgliedsstaaten. Polen und Deutschland können am

meisten zur Formulierung der gemeinsamen Politik der Europäischen Union gegenüber Rußland beitragen, weil eine kluge Partnerschaft mit Rußland im Interesse unserer beiden Länder liegt und weil unsere beiden Länder Rußlands Licht- und Schattenseiten kennen.

Zerwürfnisse, Mißverständnisse oder sogar Konflikte, die vor dem Hintergrund der Asymmetrie der Interessen zwischen Polen und Deutschland in Erscheinung treten, können einen positiven Einfluß auf die Kristallisierung des Begriffs des gemeinsamen europäischen Interesses ausüben. Es darf weder die Summe der nationalen Interessen noch der kleinste Nenner dieser Interessen sein: Es muß unvermeidbar als ein Vektor unterschiedlicher Interessen betrachtet werden. Damit Polen und Deutsche eine wichtige Rolle bei der Formulierung des Raums der gemeinsamen Ziele und Aspirationen spielen können, müssen sie einander kennen, müssen einander verstehen und müssen sich verständigen.

In diesem gegenseitigen Wissen übereinander vollzog sich bereits viel Gutes zwischen Polen und Deutschland, es erscheinen Übersetzungen wichtiger Werke der Gegenwartshumanistik, die Übersetzungen literarischer Werke sind beeindruckend, in den beiden Ländern wirken Stiftungen sowie wissenschaftliche und kulturelle Institutionen, die den Austausch organisieren und gegenseitig das Wissen über die beiden Länder verbreiten. In Deutschland ist es der wunderbare und unersetzliche Karl Dedecius, der Nestor der deutschen Polonistik eine Institution, die die polnische Literatur popularisiert. Im Bereich der Wissenschaft, der Kunst, des Theaters, des Films und der Musik ist die Zusammenarbeit beeindruckend. Dies betrifft jedoch die ›hohe Kultur‹, im Bewußtsein der Massen ist das gegenseitige Wissen viel ärmer und weiterhin mit Stereotypen belastet. Die Erweiterung dieses Wissens sowie die gegenseitige Annäherung vollziehen sich auch, auf eine wohl am meisten natürliche Art und Weise, an der gemeinsamen Grenze. Sie vollziehen sich in der geteilten Stadt Slubice mit ihrem Collegium Polonicum und in Frankfurt an der Oder mit seiner außergewöhnlichen Universität Viadrina. Die europäischen Bildungsaspirationen führen diese Stadt wieder zusammen, auch wenn immer noch ein starker Widerstand

gegen die Vereinigung des städtischen Organismus auf beiden Ufern der Oder besteht. Dies betrifft auch Görlitz und Zgorzelec an beiden Ufern der Neiße. Es entstehen langsam Bedingungen dafür, daß Grenzbarrieren in diesen beiden Städten von 2007 an nur eine museale Erinnerung sein werden, wie es zwischen Straßburg und Kehl auf beiden Rheinufern der Fall war. Den Rest tun die Wirtschaft, die Kultur und die Touristik. Vor allem jedoch die Europäische Gemeinschaft und ihre Welt der gemeinsamen Werte sowie der vereinten Interessen wie auch des gemeinsamen Gedenkens, dieser geteilten Erinnerung, die das Resultat der europäischen Arbeit an der Erinnerung sein wird.

Dann wird es im gesellschaftlichen Bild der Beziehungen zwischen Polen und Deutschen einen Platz sowohl für die eroberungsorientierte Politik des Deutschen Ritterordens im 14. und 15. Jahrhundert als auch für die Annexionspolitik Preußens in der Neuzeit geben sowie für deutsche Kolonisten in *melioratio terrae* im mittelalterlichen Polen oder für die Unterstützung des polnischen Kampfes um die Unabhängigkeit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Vielleicht tritt dann auch die Erinnerung an die politische Partnerschaft aus der Zeit der Anfänge des polnischen Staates in Erscheinung: Der sächsische Geschichtsschreiber Widukind von Corvey schrieb über den ersten Herrscher in der Geschichte der Polanen, Mieszko I., daß dieser ein Freund von Otto I. war, Thietmar von Merseburg wiederum berichtete über Bolesław Chrobry, dem Kaiser Otto III. einen Besuch am Grab des heiligen Adalbert abstattete, daß er »ein Bruder und Mitarbeiter« der kaiserlichen Macht war. In der Politik spielen die Interessen die Hauptrolle, aber die Zusammenarbeit, die Freundschaft oder die Brüderlichkeit, die in diesen mittelalterlichen Zeugnissen erwähnt werden, können für diese Interessen eine nützliche Unterstützung sein. In den Beziehungen zwischen den Völkern haben die Emotionen doch ihre Bedeutung: In den Beziehungen zwischen Polen und Deutschen sollten sowohl der Sinn für gemeinsame Interessen als auch positive Emotionen geschaffen werden.